

N i e d e r s c h r i f t

**zur 25. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft
am Donnerstag, den 07.03.2019, um 18:00 Uhr
im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127**

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:40 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17. 01. 2019
4. Beratung: Aufstellen von Kreisgrenzschildern/Willkommensschildern
Vorlage: 2/Mitglieder KT/2019
5. Beratung: Richtlinie des Landkreises Oder – Spree über die Gewährung von Zuweisungen zur Unterstützung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter bei der Realisierung von unabweisbaren Investitionen und wesentlichen Instandsetzungsmaßnahmen (Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen)
Vorlage: 002/2019
6. Beratung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 007/2019
7. Beratung: Rettungsdienstgebührensatzung 2019
Vorlage: 005/2019
8. Breitbandausbau von Krankenhäusern und Kliniken als Information der Verwaltung
9. Sonstiges

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verliest die Tagesordnung aus der Ladung und schlägt vor, diese um den Tagesordnungspunkt 8 entsprechend der Drucksache 014/2019 zum Breitbandausbau von Krankenhäusern und Kliniken als Information der Verwaltung ergänzt wird. Der Tagesordnungspunkt "Sonstiges" rückt damit auf die Nr. 9.

Abstimmung: Ja, einstimmig

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17. 01. 2019

Zum Protokoll vom 17. 01. 2019. gab es keine Anmerkungen.

Abstimmung

Ja: 3 Nein: 0 Enthaltung: 3

Zu TOP 4 Beratung: Aufstellen von Kreisgrenzschildern/Willkommensschildern Vorlage: 2/Mitglieder KT/2019

Herr Thoma stellt anhand seiner Präsentation den derzeitigen Arbeitsstand vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Rose ergänzt hierzu den rechtlichen Rahmen.

Fragen:

Herr Mangelsdorf: Es gilt hier, den finanziellen Aufwand zum Nutzen ins Verhältnis zu stellen. Gibt es Studien dazu, welchen Effekt solche Schilder auf Tourismus und Steueraufkommen haben?

Herr Thoma: Solche Untersuchungen gibt es nicht. Unser Vorschlag ist eher eine Entscheidungshilfe, was man machen könnte. Die Effekte lassen sich aber nicht an konkreten Mehreinnahmen festmachen.

Frau Alter: Für mich gehören die Schilder zu einer gelebten Willkommenskultur. Es gibt ähnliche Schilder auch an den Landesgrenzen und das finde ich gut. Damit erfahren Gäste, die dies vielleicht noch nicht wissen, wo unsere Kreisgrenze liegt.

Herr Buhrke: Ein Tourist, der das Schild sieht, ist ja schon hier und hat sich wahrscheinlich vorher im Internet informiert und dann gebucht. Ich wollte aber darauf hinweisen, dass die Kosten derzeit nicht geplant sind. Man müsste sie also erst einplanen oder andere freibleibende Mittel umwidmen.

Herr Tippelt: In Rheinland-Pfalz oder im Saarland unterstreicht das Aufstellen solcher Schilder den Stolz auf den eigenen Ort. Da gehören sie einfach dazu.

Herr Sradnick: Für Bundesstraßen ist das ja in Ordnung. Bei den schlechten Landesstraßen des grünen Netzes weiß ich nicht, ob diese ein Aushängeschild für den Landkreis sind. Ähnlich sehe ich das auch für die Radwege.

Herr Rademacher: Ich begrüße auch die gelebte Willkommenskultur durch diese Schilder und denke, man muss sich den Straßenzustand wegdenken. Es hat für mich etwas mit Heimatverbundenheit zu tun und kostet nicht viel.

Herr Rose: Wir wollen aufzeigen, wo und wie groß der Landkreis ist. Auch ich kann die Willkommenskultur nur unterstreichen. In Bayern z. B. gibt es viel mehr, viel kleinere Landkreise und jeder leistet sich entsprechende Schilder. Es geht auch um ein Abstecken von Zuständigkeiten.

Herr Sradnick: Der Beschluss lautet also, die Verwaltung zu beauftragen, aus der Diskussion eine Beschlussvorlage zu entwickeln?

Herr Berger: Wir haben schon eine Beschlussvorlage aus dem Kreistag. Ich würde mich daran entlanghangeln und abstimmen.

Frau Alter: Ich würde jetzt auch den vorliegenden Vorschlag abstimmen.

Herr Berger: Ich würde noch weitergehen und die Kreisverwaltung beauftragen, das Vorhaben in Eigenregie entsprechend dem vorgestellten Konzept umsetzen zu lassen. Ich würde es gern so konkret wie möglich anschieben.

Herr Buhrke: Wenn es einen Arbeitsauftrag geben soll, muss der entsprechend konkretisiert werden, damit klar ist, was gemacht werden soll.

Herr Rose: Es ist zu beachten, dass wir noch nicht mit dem Landesbetrieb Straßen und den anderen Straßenbaulastträgern gesprochen haben.

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, einen konkreten Vorschlag bis zum Kreistag zu erarbeiten.

Abstimmung

Ja: 5 Nein: 1 Enthaltungen: 0

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 5 Beratung: Richtlinie des Landkreises Oder – Spree über die Gewährung von Zuweisungen zur Unterstützung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter bei der Realisierung von unabweisbaren Investitionen und wesentlichen Instandsetzungsmaßnahmen (Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen)
Vorlage: 002/2019**

Herr Buhrke erläutert, dass die Beschlussvorlage einen Auftrag aus der letzten Haushaltsberatung umsetzt. Dieser musste mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abgestimmt werden. Die Richtlinie hat ihre Ausprägung in dieser Diskussion erhalten. Die entscheidenden Punkte sind dabei:

1. es soll die Erfüllung von Pflichtaufgaben gefördert werden,
2. in den Genuss der Förderung sollen Kommunen kommen, welche die Erfüllung dieser Aufgaben dauerhaft nicht leisten können,
3. Fördergegenstand sollen ausdrücklich Investitionen und Instandsetzungen sein,
4. die jährliche Höhe beträgt 1 Million Euro, die jedoch bei Nichtabfluss in das Folgejahr übernommen werden können.

Bei den jährlichen Haushaltsberatungen mit den Gemeinden möchten diese dann evaluieren, ob das Förderprogramm noch gebraucht wird. Damit erfüllt der Landkreis seine Ausgleichsfunktion zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Herr Sradnick: Damit ist dann auch ein Signal an die Bürgermeister gesetzt in Verbindung mit dem deutlich gesunkenen Kreisumlagesatz.

Fragen: Keine

Abstimmung: Ja: 5 Nein: 0 Enthaltung: 1

**Zu TOP 6 Beratung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 007/2019**

Herr Buhrke gibt einen Überblick über den Haushaltsplan insgesamt anhand seiner Präsentation. Die Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern ausgeteilt und wird daher dem Protokoll nicht noch einmal beigelegt, aber online bereit gestellt.

Herr Gliese kommt um 18:46 Uhr hinzu.

Fragen: Hinsichtlich der Beschaffung des Hochwasserabrollcontainers hätte ich eine Frage. In Rheinland-Pfalz gibt es ein Hochwasserschutzsystem mit Schläuchen, das auch bei Waldbränden eingesetzt werden kann. Wird derzeit diskutiert, das auch in Brandenburg einzusetzen?

Herr Buhrke: Dieses System ist noch kein Standard. Wenn es kommt, versperren wir uns dem nicht, es wurde auch bereits in Brandenburg ausprobiert. Allerdings wurde damals ausdrücklich kein Beschaffungsvorgang ausgelöst. Eine Umstellung würde auch viel Zeit kosten, so dass sich die Frage stellen würde, was wir bis dahin nutzen. Daher brauchen wir jetzt das vorgeschlagene System.

Herr Rose erläutert den Teilhaushalt des Straßenverkehr- und Ordnungsamtes anhand der Präsentation (wie zuvor).

Frau Alter: Können Berliner bei Ihnen auch einen Führerschein beantragen?

Herr Rose: Nein, in Führerscheinangelegenheiten arbeiten wir nur mit Frankfurt (Oder) zusammen. Die Stadt hat große personelle Probleme und wir helfen da derzeit vor Ort aus. Berliner haben wir vor allem in der Zulassungsstelle. Abmeldungen von Fahrzeugen müssen wir entgegennehmen und die Berliner haben sich an unsere bürgerfreundlichen Öffnungszeiten gewöhnt, z. B. am Mittwoch. Wer hier Verwandtschaft hat, lässt sein KFZ auch schon mal zunächst auf diese zu. In Berlin muss man 4 Wochen auf einen Termin warten, bei uns ist man nach ca. 25 Minuten dran. In der Zwischenzeit können die Berliner schon mit dem Auto fahren und melden es dann um. Vor 14 Tagen hat z. B. ein Autohaus aus Berlin 180 Abmeldungen auf einmal beantragt.

Herr Tippelt: Viele Bürger aus dem Osten haben ihre alten DDR-Führerscheine behalten, vor allem weil die LKW-Führerscheine nicht regelmäßig verlängert werden mussten, wie die aktuellen. Dafür müssten sie alle 1-2 Jahre zur gesundheitlichen Untersuchung.

Herr Rose: Und genau das ist einer der Gründe, warum die EU beabsichtigt, nun alle Führerscheine umtauschen und befristen zu lassen. Dann bekommt man diejenigen zu Gesicht, die schwere LKW fahren und sich lange nicht mehr auf ihre Fahreignung haben überprüfen lassen.

Herr Sradnick: Gibt es noch Sondereffekte durch die Einführung der EH-, FW- und BSK-Kennzeichen?

Herr Rose: Das hat sich mittlerweile eingependelt, es werden aber immer noch Wunsch Kennzeichen nachgefragt.

Frau Senger erläutert anhand Ihrer Präsentation den Teilhaushalt des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes (wie zuvor).

Fragen:

Herr Rademacher: Wurde der Krankenstand im Stellenplan berücksichtigt? Es handelt sich ja um eine wichtige Aufgabe der Daseinsfürsorge. Welche Rolle spielt dabei der demographische Faktor? Sollte da nachgesteuert werden?

Frau Senger: Wir hatten in 2018 ungewöhnlich viele schwere Erkrankungen und Unfälle. Es handelt sich nach meiner Meinung nicht um ein strukturelles Problem, immerhin wurden zuletzt 10 Stellen zugeführt.

Frau Alter: Besteht denn überhaupt die Möglichkeit, die Arbeit zwischen den Mitarbeitern anders zu verteilen? Am Band bei Friki zu stehen ist doch eine andere Aufgabe, als am Schreibtisch zu sitzen. Können die Mitarbeiter sich gegenseitig ersetzen?

Frau Senger: Das geht kaum, da die Ausbildungen, Qualifikationen und Kenntnisse dafür zu unterschiedlich sind.

Herr Piefel erläutert anhand seiner Präsentation den Teilhaushalt des Landwirtschaftsamtes (wie zuvor).

Fragen:

Frau Alter: Warum werden die Investitionsmittel nicht abgerufen? Was sagen Ihnen die Landwirte dazu?

Herr Piefel: Die Landwirte befürchten, bei der Beantragung etwas falsch zu machen und dann alles zurückzahlen zu müssen.

Frau Alter: Liegt das Problem eher auf der Landesebene oder bei der EU?

Herr Piefel: Beim Land und der ILB.

Herr Noppe: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den Mitarbeitern des Landwirtschaftsamtes ein Lob auszusprechen und Danke zu sagen. Hier ist der Dienstleistungsgedanke wirklich verinnerlicht und es wird versucht, nach Lösungen zu suchen. Um auf die Frage von Frau Alter einzugehen: Es fehlt einfach an klaren Rahmenbedingungen. Es gibt z. B. keine klaren Vorgaben für die Schweinehaltung. Man weiß also nicht, ob eine heute getätigte Investition morgen noch den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Zur Düngemittelverordnung: In Brandenburg haben wir damit kein Problem.

Zur Investitionssicherheit insgesamt muss man auch sagen, dass es zwei Förderhöhen gibt: Man kann 40 % Fördermittel erhalten, dafür sind die Hürden aber unheimlich hoch. Normalerweise gibt es eine 20%ige Förderung, die sich dann aber kaum lohnt.

Herr Rademacher: Stimmen Sie sich hierzu auch mit anderen Landkreisen ab?

Herr Piefel: Es gab eine Auswertung mit der ILB. Dabei wurde festgestellt, dass in Brandenburg insgesamt wenig Investitionsmittel abfließen. Wir sind da keine Ausnahme.

Herr Thoma erläutert anhand seiner Präsentation den Teilhaushalt der Stabstelle ländliche Entwicklung (wie zuvor). Herr Kühne ergänzt.

Fragen:

Herr Rademacher: Bei den KPF-Projekten ist mir aufgefallen, dass wir mehr Mittel erhalten, als wir Kosten geplant haben?

Herr Thoma: Das liegt an den unterschiedlichen Zeiträumen. Zunächst ist die Refinanzierung offen, kann also nicht eingeplant werden. Die Kosten sind dann mehr im letzten Jahr entstanden und werden in diesem Jahr erstattet.

Frau Alter: Ich hatte gestern im Rahmen der Brandenburger Frauenwoche eine Veranstaltung mit Frauen in meinem Büro. Für viele Frauen aus den ländlichen Bereichen ist die Mobilität älterer Menschen ein großes Thema. Angebote der Mittelzentren können gar nicht in Anspruch genommen werden. Da sollten wir uns Gedanken machen. Und natürlich muss dann auch Geld in die Hand genommen werden für Busse oder eine Bezuschussung der Fahrkarten des ÖPNV, um diesen attraktiver zu machen.

Herr Kühne: Da sind wir ganz bei Ihnen und suchen, wie der ÖPNV attraktiver gestaltet werden kann.

Herr Buhrke: Es ist eine Illusion zu denken, dass wir ohne Mehraufwand mehr Qualität etc. erhalten. Verschiedene Konzepte haben sich als nicht geeignet erwiesen; der Plusbus z. B. Das Anpassen der Fahrzeuggrößen ist so ein Thema, aber der Hauptkostenfaktor bleibt das Personal. Mehr Busse heißt also zwingend mehr Kosten.

Herr Sradnik: Man sollte auch nicht vergessen, dass starke Landwirtschaftsbetriebe helfen, den ländlichen Raum zu stärken. Haben diese Betriebe aber vor allem damit zu tun, das eigene Überleben abzusichern, können sie sich nicht derart vor Ort engagieren.

einstimmig zugestimmt

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 7 Beratung: Rettungsdienstgebührensatzung 2019
Vorlage: 005/2019**

Herr Buhrke: Es bedarf für das Rettungswesen einer regelmäßigen Kalkulation und einer Anpassung in Abstimmung mit den Kostenträgern, also den Krankenkassen. Der vor Ihnen liegende Stand ist mit diesen weitestgehend ausdiskutiert. Die Tabellen zeigen die Kalkulation und sind insofern abgestimmt. Dieses Jahr war das Verfahren recht sperrig. Gebühren können aber nicht nachträglich erhoben werden, daher kann eine Kostendeckung nur mit neuer Satzung gewährleistet werden. Hier spielt also der Faktor Zeit mit.

Die Gebühren bleiben moderat. Zur Kalkulation muss man sich einer Prognose hinsichtlich der Einsatzzahlen bedienen. Da diese nicht bekannt ist, bleibt hier ein Unsicherheitsfaktor. Über- oder Unterdeckungen, die aus einer Abweichung von der Prognose resultieren, sind in den Folgejahren auszugleichen. Es spielen zudem Tarifabschlüsse in der Anpassung eine Rolle.

Bestimmte Kostenanteile dürfen nicht mit einberechnet werden. Hierzu gehören z.B. Vollstreckungskosten und solche Gebühren, die letztlich nicht vollstreckt werden können, da der Schuldner im Ausland verweilt. Das macht etwa 30-40 tausend Euro aus pro Jahr. Diese müssen die Gesellschafter ausgleichen.

Frau Alter: Können Sie mir ein Beispiel für die Bestimmung des § 4 Abs. 3 nennen?

Herr Buhrke: Schuldner ist zunächst immer der Transportierte. Wir rechnen aber in der Regel direkt mit den Krankenkassen ab. Klappt das nicht, wird wieder der Transportierte herangezogen, z. B. wenn das Versicherungsverhältnis nicht mehr besteht.

Herr Wegener: Das können z. B. Personen sein, die ihre Arbeit verloren haben und damit auch ihren Krankenversicherungsschutz. Oder eben Personen aus dem Ausland, die nicht versichert sind.

Frau Alter: Also wenn ich einen Notarzt gerufen habe und sich herausstellt, dass es doch kein Notfall war, bin ich nicht betroffen?

Herr Wagner: Nein, es geht um Personen ohne Versicherungsschutz.

Herr Buhrke: Wir arbeiten z. B. mit dem Zoll zusammen, aber im Ausland sind öffentlich-rechtliche Gebühren nicht beiträglich.

Herr Tippelt: Wie kommen Sie auf die Steigerung des Gebührensatzes für den Einsatz eines Rettungswagens?

Herr Buhrke: Das ergibt sich aus der Anzahl der Einsätze. Haben wir viele Einsätze sinken die Kosten pro Einsatz, etwa bei einer Grippewelle.

einstimmig zugestimmt

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 8 Breitbandausbau von Krankenhäusern und Kliniken als Information der Verwaltung

Herr Thoma: Die Ladungsfrist für den Ausschuss war schon abgelaufen, daher ist die Drucksache hier nur eine Information und kein regulärer Tagesordnungspunkt. Es hat sich nun kurzfristig ergeben, dass auch eine Breitbandversorgung von Krankenhäusern möglich ist. Auf Basis des vorliegenden Grundsatzbeschlusses könnte ein Finanzierungskonzept erarbeitet werden. Der nächste Schritt wäre dann eine Markterkundung um festzustellen, ob es einen privaten Markt für diese Leistung gibt. Dann muss man über den Ausbau entscheiden.

Herr Buhrke: Wir hatten diesbezüglich eine Diskussion in der Verwaltungskonferenz und haben festgestellt, dass Fördermittel grundsätzlich gut sind, aber über die Eigenanteile unter anderen Vorzeichen diskutiert werden muss als bisher. Es war verständlich, warum der Landkreis kommunale Eigenanteile übernommen hat. Bei privatwirtschaftlichen Unternehmen, wie es die Kliniken sind, sieht es anders aus. Diese müsste man dann an der Finanzierung beteiligen.

Zu TOP 9 Sonstiges

Frau Alter: Am 15. und 16. Juni ist ja wieder die Landpartie. Dabei sollen auch Menschen aus der Stadt aufs Land gebracht werden, um sich die Produktion von Lebensmitteln vor Ort anzuschauen. Ich bin ein starker Verfechter dieses Ansatzes, allerdings werden es jeden Tag mehr PKW. Man kommt an vielen Stationen gar nicht mehr dran, weil man keinen Parkplatz findet. Besteht nicht die Möglichkeit, einen umweltfreundlichen Shuttlebus einzusetzen wie bei der Nacht der Museen?

Zudem hätte ich noch eine Frage zur Frauenrichtlinie. Diese wurde 2002 beschlossen. Gibt es seit dem eine neue? Könnte ich das bis morgen erfahren?

Herr Buhrke: Ich werde zur Richtlinie nachsehen und Ihnen Bescheid geben.

Herr Sradnick: Planmäßig ist dies der letzte Ausschuss in dieser Wahlperiode. Vielen Dank den Abgeordneten und sachkundigen Einwohnern sowie den Mitarbeitern. Vor allem Dank an alle, die mich seit 2008 begleitet haben. Ich wünsche Ihnen alles Gute für die Kommunalwahl!

Dr. Eberhard Sradnick

Vorsitzender des
Ausschusses für Ordnung,
Recht, Landwirtschaft und
Wirtschaft

gez.

Sascha Gehm

Schriftführer